

# Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Postämter und für Auswärtige die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis: 10 Pf. —

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angabenpreis für die Anzeigerstellen: 10 Pf. —

Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 262

Mittwoch, den 11. November 1925

20. Jahrgang

### Monarchistischer Umsturz in Bayern abgelehnt.

Kronprinz Rupprecht hält die Zeit für gekommen. — Einmütig abgelehnt. — Hindenburg übergeht mit Schweigen.

Frankfurt a. M., 9. Nov. Die „Frankfurter Zig.“ veröffentlicht die Zuschrift einer Persönlichkeit aus Bayern, deren Namen an der vollen Zuverlässigkeit und Bedeutung des Inhalts, wie das Blatt schreibt, keinen Zweifel zulasse. Der Gewährsmann wäre zudem Monarchist, aber ihm stünde die Reichseinheit höher als die Staatsform.

Nach dieser Zuschrift hätten die beiden hervorragenden Berater des Kronprinzen Rupprecht, nämlich sein Ratsmitglied Graf von Soden und der ehemalige Kommandeur der bayerischen Reichwehrgewalt, General v. Wöhl, vor etwa zwei Wochen den maßgebenden Behörden Besuche gemacht, bei denen sie die Frage stellten, wie man sich verhalten werde,

wenn Kronprinz Rupprecht in naher Zeit sich veranlaßt sehe, die Gewalt zu übernehmen.

Die Verhältnisse in Bayern hätten sich seit der letzten Erschütterung im November 1923 unverkennbar gefestigt.

Es sei Gefahr vorhanden, daß das Volk in all seinen persönlichen Sorgen sich mit dem Bestehenden gleichgültig abfinde und so der lebendige Wille zur Wiederherstellung der alten Staatsform nicht wachse, sondern sichtbar von Tag zu Tag an Spannkraft verliere. Darum sei es Zeit zu handeln. Zuerst habe man unter der militärischen Führung des Generals Wöhl die „Bayern-treue“ ins Leben gerufen, die dazu bestimmt sei, den vorhandenen Verbänden der gleichen Richtung, vor allem dem großen „Heimat- und Kriegsbund“, die stehkräftige Spitze zu geben. Nun sei der zweite Schritt ins Auge

zu fassen: die Übernahme der Königsgewalt durch Seine Majestät.

Aber die Bayern-Regierung lehnt ab.

Keiner der Herren, an die diese Frage gestellt worden wäre, habe nach der Zuschrift auch nur einen Augenblick geögert zu antworten: Er sei, wenn auch kein Monarchist von Bestimmung, verpflichtet, die Staatsordnung und die Verfassung zu schützen. Der angebotene Schritt könne, von wem er auch komme, nur als ein revolutionärer Umsturzversuch angesehen werden, und man werde nicht zögern, einer solchen Aktion mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Diese letzten Mitteilungen lassen erkennen, wer die maßgebenden Behörden sind, bei der die Wittelsbacher Abgesandten vorstellig wurden.

Auch auf sachliche Gegenstände wurden die Besucher hingewiesen, wie z. B. darauf, daß bei einem Putsch ein Verlust der Pfalz in Aussicht stehe. Auf die Frage, ob ein bayerischer König denkbar sei ohne Militär- und Finanzhoheit, ohne eigene Post und Eisenbahn, sei die stolze Verkündung erfolgt: Diese Hoheitsrechte würden selbstverständlich von einem bayerischen König wieder an sich genommen werden.

Es wird weiter mitgeteilt, daß in einem eindringlichen Schreiben aus der Umgebung des Kronprinzen an Hindenburg das Verbot an die Reichswehr, künftig noch vor dem Kronprinzen Rupprecht als einem Offizier der alten Armee zu defilieren, kritisiert worden sei.

Der Reichspräsident habe das Schreiben aber nicht beantwortet.

### Erleichterungen im Rheinland.

Der Londoner Berichterstatter der Agentur Havas berichtet über das künftige Regime im besetzten Gebiet folgendes:

„Die Alliierten haben Erleichterungen zugestanden, die eine Milderung des Besatzungsregimes sowohl vom militärischen als auch vom zivilrechtlichen Gesichtspunkt aus vorsehen. Die Erleichterungen, die in Frage kommen, haben bereits begonnen; sie erstrecken sich auf das Passwesen, die Aufenthaltserlaubnis in der zweiten und dritten Zone, das Aufenthaltverbot, von dem gewisse Deutsche bisher betroffen worden sind, die Requisitionen und die Unterbringung der Militär- und Zivilverwaltungsbehörden. Ferner werden Minderungen im Militär-, Zivil- und Justizwesen vorgenommen werden, so z. B. will man eine Verminderung der Befugnisse der Kriegsgerichte zugestehen, sowie die Übertragung von Urteilen auf die deutschen Zivilgerichte und die Übertragung der örtlichen Verwaltungsfragen auf die Gemeindebehörden. Ganz allgemein wird so gegen die von der deutschen Regierung in der Zivilverwaltung geforderten Erleichterungen nichts eingewendet. Nichtsdestoweniger werden sie nur unter der Bedingung der Gegenseitigkeit zugestanden, das heißt, daß Deutschland, abgesehen von der Beobachtung der Entwaffnungsklauseln auch den von den Alliierten geforderten Bedingungen Rechnung tragen muß, besonders was die Wiederherstellung des Postens des Oberkommissars bei der Rheinlandkommission anbelangt, was übrigens bereits geschehen ist. Deutschland muß ferner die sogenannten Ordnungen des passiven Widerstandes aufheben. Die Frage der militärischen Besetzung wird gegenwärtig studiert. Deutschland möchte gern, daß die Alliierten im besetzten Gebiet nicht mehr Truppen belassen, als es selbst im Jahre 1914 dort gehabt hat, d. h. ungefähr 40 000 Mann, doch die Alliierten haben diesem Wunsch nicht stattgegeben. Eine Herabsetzung der Besatzungstruppen werde sich ohnehin aus der Aufgabe der ersten Zone ergeben und man sehe voraus, daß man sich hinsichtlich der zweiten und dritten Zone werde einigen können.“

### Recht für Gewalt.

Roßlau, 9. Nov. Hier wurden amtliche Abkommen über die Ausübung der Jagd und der Fischerei durch die Besatzung veröffentlicht, die von Vertretern der deutschen Behörden und der Rheinlandkommission im Hinblick auf die Bestimmungen der am 5. Mai 1925 in Paris unterzeichneten finanziellen Regelung der Leistungen aus Art. 8 bis 12 des Rheinlandabkommens zur Jagd und Fischerei abgeschlossen sind. Die neuen Abkommen treten anstelle der bisherigen von der Rheinlandkommission erlassenen Verordnungen in Kraft. Die von der Besatzung beschlagnahmten Eigenjagdberechtigungen werden den Besitzern sofort zurückgegeben, ebenso wird das Requisitionsverhältnis bei beschlagnahmten Gemeindefischen und bei verpachteten Staatsjagden aufgehoben und soweit Jagdgesellschaften (der Besatzung) Jagden behalten wollen, werden sie in dem Verhältnis nach den Bestimmungen des neuen Abkommens umgewandelt.

### Die deutsch-spanischen Handelsbeziehungen.

Madrid, 9. Nov. Zu den deutsch-spanischen Zollschwierigkeiten schreibt „El Debate“: Es ist bedauerlich, daß das deutsch-spanische Abkommen vom Juli von der deutschen Regierung gekündigt worden ist. Die schleppenden Wirtschaftsverhandlungen zwischen beiden Ländern haben jetzt einen Bruch und eine Schädigung der Ausfuhr spanischer Früchte herbeigeführt. Die gestrige Regierungserklärung scheint in dem Wunsch begründet, die bisher erfolglosen Verhandlungen neu zu beleben, und ist deshalb zu begrüßen, weil sich die Möglichkeit bietet, in wenigen Tagen eine befriedigende Lösung zu erreichen.

Die offizielle „Nacion“ sagt, die Regierungsbewertung sei eine notwendige Verteidigungsmassnahme gewesen, die durch die ernstlich gefährdeten Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern hervorgerufen sei. Deshalb sei es das Interesse und der Wunsch Spaniens, die Wiederaufnahme von Verhandlungen ins Auge zu fassen.

### Attentatsrummel in Italien.

Rom, 9. November. Die Ungaria Stefani meldet: In allen Kirchen Italiens wurden gestern aus Anlaß der Vereinerung Mussolinis Dankgottesdienste abgehalten. Verschiedene liberale Abgeordnete haben ihre Einkündigung bei der faschistischen Partei nachgesucht, unter ihnen der frühere Minister Marchese de Capitani-Visconti, dessen Antrag heute genehmigt wurde. Einige Führer der Volkspartei sind aus ihrer Partei ausgestiegen und haben dagegen Einspruch erhoben, daß die Volkspartei das Votum nicht fester bebauert hat. Unter ihnen befindet sich auch der Advokat Muratori vom Provinzialamt in Ferrara.

### Frankreich sucht Verhandlungen mit den Druzen.

London, 9. Nov. Nach einer Lausanner Meldung der „Daily Mail“ bemüht sich die französische Regierung durch den Druzen-Berichter in der Schweiz Fühlung mit den ausländischen Druzenführern zu nehmen. Es werde berichtet, daß Frankreich vorgeschlagen habe, einen Bruder des Königs Fesal von Mesopotamien zum König von Syrien zu machen. Fesal habe diesen Vorschlag in der letzten Woche mit Painlebe erörtert.

Paris, 9. Nov. Der „Chicago Tribune“ wird aus Damaskus gemeldet, daß die Ausländischen gestern nacht versucht hätten, das Ostor von Damaskus zu überfallen. Es habe ein einständiger heftiger Kampf stattgefunden. Bei Morgengrauen seien dann die Ausländischen zurückgeworfen worden und hätten sich zurückgezogen. Am gleichen Vormittag hätten Tausende von Christen die Stadt verlassen. In ganzen hätten bisher etwa 25 000 Personen Damaskus verlassen, davon hätten etwa 15 000 nach Beirut begeben. Man erwarte schon in den nächsten Tagen eine große Schlacht zwischen Damaskus und Homs. Die Franzosen bereiten eine Umzingelung des Feindes durch starke Kavallerieabteilungen vor.

### Proklamation Mulay Hassan zum Kalifen der spanischen Marokkzone.

Madrid, 9. Nov. Aus Marokko wird amtlich gemeldet, daß die Verkündung feierlichst verlesen worden sei, durch die Mulay Hassan zum neuen Kalifen in der spanischen Marokkzone proklamiert wurde. Zwischen Mulay Hassan einerseits und dem spanischen König und der spanischen Regierung andererseits hat aus diesem Anlaß ein Telegrammwechsel stattgefunden.

### Zur Mossulfrage.

Angora, 8. Nov. Wie die Anatolische Telegraphen-Agentur meldet, hat man hier den Eindruck, daß General Daidoner, der mit der Untersuchung hinsichtlich des sibirischen Teiles der Brückleser Linie beauftragt ist, ein notorisches Engländer ist. Bevor er sich zur Lösung des Brückleser Teiles begibt, soll er nach England gereist sein, wo er den Versuch machte, die Frage der sibirischen Schulden an England zu lösen.

### Die Kämpfe in China.

Tokio, 9. Nov. Nach hier eingelaufenen amtlichen Telegrammen haben in den letzten Tagen südlich von Suichowu Kämpfe stattgefunden. Die in Suichowu liegenden Schantung-Truppen, die bisher auf der Seite der chinesischen Truppen standen, sind zu den Truppen des Wang-King-Fang unter Suntschuanfang übergegangen und die Truppen Wang-King-Fangs wurden so gezwungen, in der Richtung auf Hangschowan zurückzugehen. Suntschuanfang hat Suichowu am 8. d. M. besetzt.

Die japanische Regierung hat ihre Vertreter in China angewiesen, bei einem Kampf zwischen dem Muldener Heerführer Tschangtschun und dem christlichen General Fenghuifang strenge Neutralität zu beobachten.

### Einberufung des Reichstags nicht vor 19. November.

Berlin, 9. November. Reichstagspräsident Lohde ist von seiner Amerikareise nach Berlin zurückgekehrt und hat den Vorkonvent des Reichstages am Donnerstag dieser Woche nachmittags 5 Uhr einberufen, um über den Termin des Wiederzusammentritts des Reichstages zu entscheiden. Es handelt sich um die Frage, ob der Reichstag zum 19. oder zum 23. November einberufen werden soll. In den Kreisen der Regierung wird der 23. November als Tagungsbeginn vorgezogen, weil bis dahin alles Material zur Beurteilung der zu entscheidenden Fragen vorliegen könne, während einige Parteien den Zusammenritt schon für den 19. November wünsche. Eine Einberufung des Reichstages vor dem 19. November ist kaum möglich, weil in den Tagen vorher die Parteilage des Zentrums und der Deutschnationalen stattfinden. Als einziger Beratungskreis liegen zunächst der Handelsvertrag mit Italien und derjenige mit Rußland dem Reichstage vor.

### Empfang in der russischen Botschaft.

Berlin, 8. Nov. Einer Einladung des russischen Botschafters und Frau Kreftinsk folgend hatten sich gestern Abend in den Räumen der russischen Botschaft unter den Linden anlässlich des achten Jahrestages der Gründung der Sowjetrepublik etwa 800 bis 700 Personen eingefunden. Unter dem Vorsitz des Botschafters war das Gastgebet durch die Volkskommissare Tschitscherin und Professor Semaschko, sowie durch das gesamte Botschaftspersonal vertreten. Unter den Gästen bemerkte man den Reichskanzler und den Reichsaußenminister mit Gemahlin, den preussischen Ministerpräsidenten Braun, den General von Seekt, den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simon, die Staatssekretäre von Schubert und Wehner, den deutschen Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau. Das dipl. Korps mit den Botschaftern Lord d'Albarnon, Graf Vosbert und Remaleddin Pascha an der Spitze war erschienen. Parlamentarier, wie Dr. Bell, Czajkowski, Drenburg, Prof. Bracht, Staatsminister Wendorf, Vertreter von Kunst und Wissenschaft, Prof. Einstein, Prof. Reinhard, Jehner, Tilla Duxiens, Vertreter der Finanz-, darunter Direktor v. Strauß, sowie Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden füllten die prunkvollen Räume in anregender Unterhaltung.

### Griechenland kündigt die Handelsabkommen.

Berlin, 9. November. Die griechische Regierung hat durch eine Zirkularnote alle von ihr abgeschlossenen provisorischen Handelsabkommen am 7. November dieses Jahres gekündigt. Das deutsche Abkommen läuft, da eine dreimonatige Kündigungsfrist vorgesehen war, somit am 7. Februar n. J. ab.

klar können, Bohnen-threiners von dem Pfennig vorzüglich

Aue

amerika centinen, uba-Me, Afrika, Verbin- Linien legung.

en ren, ing mit Karls- Feigen. In Karton zu 1 Pfd. ansten

in Oel, r Fisch- mahme. der Wahl. lersir.4 iltungen.

er nach Aue r Garontie Wirkung auftraggeber werden noch